

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-205
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftsjahr 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Genf und London.

Ministerbesprechung und Juristenkonferenz.

Genf, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch nachmittag fanden vertrauliche Besprechungen zwischen den drei alliierten Außenministern Chamberlain, Briand und Vandervelde über den Sicherheitspakt statt, die eine völlige Übereinstimmung in dieser Frage ergaben.

Dr. Gaus legte dann sehr ausführlich den Standpunkt der deutschen Regierung dar. Es verlautet, daß sämtliche Sanktionen sowohl in Europa wie in den Rheinländern von der Entscheidung des Völkerbundes abhängig gemacht werden müßten.

Rüstungseinschränkung in England.

Schließung zweier Marinewerftstätten.

London, 3. September. (W.B.) Die Admiralität teilt mit, daß die Marinewerftstätten Rotherth und Pembroke mit Rücksicht auf die Einschränkung des Flottenbauprogramms demnächst geschlossen werden.

Ein Mißton auf dem Friedenskongress.

Löbe nicht gehaltene Rede.

Der Weltfriedenskongress in Paris sollte sein besonderes Gepräge durch die Anwesenheit der beiden Präsidenten des französischen und deutschen Parlaments erhalten.

Was Löbe sagen wollte.

Paris, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Ansprache, die Reichspräsident Löbe am Mittwoch auf dem Internationalen Friedenskongress zu halten vor hatte, weist eingangs darauf hin, daß es sich nicht mehr um die Anerkennung des großen Friedensideals, sondern um seine Ueberführung in die Wirklichkeit handele.

Löbe bei Painlevé.

Paris, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch abend ist Löbe von dem französischen Ministerpräsidenten Painlevé empfangen worden und hat mit ihm eine längere Unterredung über die Möglichkeit einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland gehabt.

Aufteilung des Kohlenmarktes?

Deutsche Vorschläge in London.

London, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) Die seit Tagen in London umlaufenden Gerüchte, daß die deutsche Regierung offiziell Vorschläge für eine gemeinsame deutsch-englische Preisregulierung für Exportkohle und zur Aufteilung des Kohlenmarktes gemacht habe, wird von den maßgebenden Stellen zwar abgelehnt.

Aus dem völkischen Idealstaat.

Ein neues Schandblatt der ungarischen Justiz.

Budapest, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) In geheimer Verhandlung wurde der frühere ungarische Innenminister Beniczky wegen Beleidigung des Reichsverweisers Horthy und Bruch des Amtsgeheimnisses zu drei Jahren Gefängnis und 15 Millionen Selbststrafe sowie zu drei Jahren Amtsentzug und Aufhebung seiner politischen Rechte verurteilt.

Bei dem „Verbrechen“ Beniczkys handelt es sich gar nicht um eine Beleidigung des ungarischen Reichsverweisers, sondern vielmehr darum, daß Beniczky vor Gericht wahrheitsgemäße Angaben über die Ermordung der beiden sozialdemokratischen Redakteure Somogy und Bacso gemacht hat, die nach den Ermittlungen, die er als Innenminister angestellt hatte, durch Offiziere entführt worden waren und später als stark verstümmelte Leichen in der Donau aufgefunden wurden.

Der Aufstand in Syrien.

Beruhigende offiziöse Nachrichten.

Paris, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Der französischen zuständigen Stelle sind Nachrichten über die Lage in Syrien zugegangen, die es ihr erlauben, einen Ueberblick über die Ereignisse der letzten Monate zu geben.

Die Ostfragen in Marseille.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale und des Bolschewismus.

V. Sch. Marseille, Ende August.

Ueber die Friedensprobleme im Westen Europas war man auf dem Marceller Kongress verhältnismäßig leicht einig geworden, nachdem es gelungen war, die englische Delegation von ihrer ursprünglichen ablehnenden Stellungnahme gegenüber dem Sicherheitspakt abzubringen.

Der Hamburger Kongress hatte die Frage des Bolschewismus nur gestreift, während in Marseille zum erstenmal das bolschewistische Problem Gegenstand einer eingehenden Stellungnahme der Sozialistischen Internationale sein sollte.

Wir sind in dieser wie in allen Fragen, die den Bolschewismus betreffen, erheblich skeptischer als unsere englischen Genossen. Das hysterische Geschrei der kommunistischen Presse ist eher für uns ein Grund, diese Kriegsgefahr zu vermeiden als sie zu bejahren.

Erheblich kompliziert wurde allerdings das Problem des Gegensatzes zwischen dem englischen und dem russischen Imperialismus durch den großen Aufstand im Fernen Osten und in Indien, der in seinem Wesen zweifellos einen, wenn auch nicht immer bewußten, proletarischen Klassencharakter trägt.

war, ihre Solidarität mit den ringenden asiatischen Klassen genossen zu bekunden.

Ob an dieser gigantischen Massenbewegung, die übrigens erst in ihren Anfängen steht, der kommunistischen Internationale ein besonderes „Berdienst“ zuzuschreiben ist, mag man dahingestellt sein lassen. Moskau hat gegenüber der Sozialistischen Internationale zweifellos den Vorsprung, den ihm die geographische Lage, der amtliche diplomatische Apparat und die staatlichen finanziellen Mittel bisher gesichert haben. Aber gleichviel, ob ein Verdienst Moskaus vorliegt oder nicht, es ist daraus offenkundig eine Weltkriegsgefahr entstanden, die für die Sowjetregierung eine Hoffnung sein mag, für die europäische Arbeiterklasse aber eine Drohung ist.

Diese verschiedenartigen Momente und Gedankengänge in den wenigen Zeilen einer Resolution zum Ausdruck zu bringen, die sich noch mit zahlreichen anderen Punkten befassen mußte, war keine leichte Aufgabe. Daß diese Aufgabe in einer im allgemeinen befriedigenden Form gelöst werden konnte, ist ein Beweis dafür, daß trotz psychologischer Unterschiede in der Stellungnahme zum Bolschewismus alle Parteien der Sozialistischen Internationale einig im dem Willen zur Unterstützung der ringenden Arbeitermassen aller Länder und aller Rassen sind, einig aber auch in dem Willen, den Vormarsch des Weltproletariats nicht um den Preis eines neuen Weltkrieges zu erzielen, einig schließlich in dem stärksten Mißtrauen gegen die bolschewistischen Machthaber, die die Ideologie der Revolution zugunsten der zaristisch-imperialistischen Tradition mißbrauchen, wie das tragische Kapitel Georgien-Armenien zur Genüge zeigt.

Für die deutsche Delegation war der endgültige Text der Resolution um so annehmbarer, als es ihr gelungen war, einige mißverständliche Wendungen aus dem ursprünglichen Text auszumergen, und als weiter darin Forderungen hinsichtlich des Schutzes der nationalen Minderheiten enthalten sind, auf die wir um so größeren Wert legen müssen, als es sich dabei um eine notwendige Ergänzung des Sicherheitspaktens handelt.

### Wirrwarr ohne Ende.

#### Fraktionserklärungen bei den Kommunisten.

Es ist Hochbetrieb in der KPD. Endlich hat das langweilige Leben mal ein Ende und es kann wieder in Richtungen, Fraktionen, Spaltungen, Intrigen, Abfällungen, Mitgliederversammlungen, Thekendiskussionen usw. gemacht werden. Die arme neue Zentrale kann im Lande herumtuschieren, um eine Kampagne für den neuen Kurs zu inszenieren. Selbstverständlich hagelt es dabei wieder Erklärungen und Resolutionen der Gruppen und Gruppen, in die die einzige Arbeiterpartei zerfällt. Heute bringt die „Rote Fahne“ zur Abwechslung die Erklärung eines „Ulralinken“. Einiges daraus ist nicht uninteressant. Die Ruth-Fischer-Clique wird folgendermaßen charakterisiert:

Sie muß leider feststellen, daß die Politik der Gruppe Ruth Fischer-Maslow — die von der Mehrheit der Zentrale geführt wurde — im letzten halben Jahre vollkommen von den linken Grundrissen abgewichen ist. Das zeigte sich in der unerhört opportunistischen Volksblocktheorie, in der völligen Vernachlässigung der Massenströmungen und in der Abneigung zu parlamentarischen Manövern. Die Taktik der Gruppe Ruth Fischer-Maslow war die einseitige Anwendung nur der Einheitsfronttaktik von oben. Ich stelle im Interesse der Aufklärung und Schulung der Mitgliedschaft fest, daß das Etikett dieser parlamentarischen Rechtsabteilungen der Gruppe Ruth Fischer-Maslow nicht deutlich und im einzelnen angeführt hat.

Diese schweren Fehler der Fischer-Maslow-Gruppe entspringen aus dem Unglauben an die Kraft der deutschen Partei und des deutschen Proletariats.

Im letzten halben Jahre hat die Fischer-Gruppe eine rückwärtige persönliche Diktatur ausgeübt und durch ein System organisatorischer Gewaltmaßnahmen gegen jeden Andersdenkenden die Partei aufs schwerste geschädigt.

Ich stelle fest, daß die Gruppe Ruth Fischer-Maslow durch diese ihre eigenen Fehler zusammengebrochen ist.

## Die Verächter der Politik.

Von Paul Gutmann.

Die verbreitetste Menschenklasse sind die Gleichgültigen. Sie stehen abseits, freuen sich, wenn es ihnen gut geht, schimpfen, wenn ihnen eine Sache mißlingt und erinnern sich der Politik, wie der Strolch des Schuhmannes, wenn er ihn zufällig brauchen kann. Im allgemeinen rümpfen sie die Nase bei dem Wort Politik, behaupten, es habe doch keinen Zweck, sich damit zu befassen, und kommen sich dabei als besonders feine Leute vor. Da sie gewöhnt sind, nur an sich zu denken und ihr Vorteil oftmals der Nachteil der anderen ist, leben sie in der Politik ein Geschäft wie jedes andere, nur mitunter noch vorteilhafter und größerer Ansehen mit sich bringend.

Was ist Politik? Jedes Wollen, das auf irgendeine allgemeine Veränderung hinstrebt. Jesus und seine Jünger, die beim Abendmahl über das Verhältnis der irdischen zu den himmlischen Dingen sprachen, trieben Politik. Oder wäre die Lehre, die dieses Häuflein Menschen verbreitete, sonst imstande gewesen, das scheinbar so festgefügte römische Reich zu zerstören? Man sehe sich die leidenschaftlichen Gebärden der Jünger auf dem „Abendmahl“ des Leonardo an. So geht es in einer erregten politischen Versammlung zu. Was nicht imstande ist, unser Leben umzuwälzen, bewegt uns nicht. Die Machthaber aller Zeiten haben darum die Ideen viel mehr gefördert als die Handlungen. Denn es gibt keinen echten Gedanken, der nicht lebendig wäre. In dem Augenblick, wo Kant seine Lehre auf den Kirchenglauben anwendete, begegnete er Feindseligkeit, der er sich leider unterwarf. Die Frage, ob Christus gottgleich oder göttähnlich sei, der Unterschied zwischen den Sätzen „er ist“ und „er bedeutet“ haben blutige Kriege entzündet. So treibe ich selbstverständlich Politik, in dem ich die Fahne Schwarz-Rot-Gold statt Schwarz-Weiß-Rot zum Fenster herausähange.

Die Politik verachten heißt auf das Wohl seiner Mitmenschen pfeifen. Manah einer kommt sich sehr erhaben und gebildet vor, wenn er behauptet, er stände über der Politik. Dieser Standpunkt, der zu jenen Zeiten, wo das Schicksal des Untertanen in den Händen eines allmächtigen Landesherren lag, als Resignation verständlich war, ist heute schimpflich. Wir ist unlängst das Buch eines Autors in die Hände gekommen, der sich leidenschaftlich gegen die übermäßige Bevölkerungszunahme als die Quelle alles Übels wendet und gleichzeitig die Politik als etwas Minderwertiges bezeichnet. Ueber den Materialismus braucht man sich heutzutage nicht mehr zu unterhalten. Hat man aber erkannt, daß es Umstände gibt, wo das sinnlose Gebären ein Verbrechen, daß der Paragraph 218 eine Schmach ist, so greift dieser Gedanke bereits tief in die Politik ein. Die Züchtung einer körperlich und seelisch nicht vollwertigen Arbeiterschaft ist im Interesse eines struppelosen Ausbeutertums begründet. Darum sind es die Parteien, die sich national nennen, die am meisten

Der Zustand der organisatorischen Gewaltpolitik, der Geheimdiplomatie gegen die eigene Partei muß aufhören. Es muß vielmehr ein ernstes, sachliches Zusammenarbeiten aller ehrlichen und fähigen Kräfte der Partei erzielt werden. Eine Heranziehung der Brandlerianer zu verantwortlichen politischen Posten kann ich jedoch nicht billigen, weil es wiederum nur zur Zerstückelung der Partei führen würde.

Diese Charakteristik der Ruth-Fischer-Clique trifft natürlich auf jede andere Zentrale genau so zu. Anders kann es auch gar nicht sein, wenn die Lebensaufgabe jeder neuen Zentrale zunächst erst mal darin besteht, die Vorgänger reiflich „abzusagen“. Schließlich wird aber selbst die Klasse der Rosenthaler nicht genug Anziehungskraft ausüben, um mit solcher Methode eine Partei zusammenzuhalten.

### Der Maslow-Prozeß.

Weder der gestrige noch der heutige Verhandlungstag haben irgendwelche wesentlichen Momente gebracht. Man hat selten eine Anklage erlebt, die sachlich so schlecht fundiert ist. Maslow wird angeklagt wegen Vergehen, die sich in seiner Abwesenheit in Rußland abgespielt haben. Noch grotesker ist die Anklage auf seine im Gefängnis geschriebenen Artikel und Broschüren. Die übrigen Angeklagten, alles mittlere und kleinere Funktionäre, leugnen, an den Aufstandsvorbereitungen im Herbst 1923 beteiligt gewesen zu sein, ohne daß man bisher auch nur den Versuch gemacht hat, für ihre aktive Beteiligung, auf die es doch ankommt, den Beweis anzutreten. Wir werden über den weiteren Verlauf berichten.

### Zur Optantenfrage.

#### Vergeblicher deutscher Vergleichsvorschlag.

Am 21. August hat der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Rauher, nochmals den Vorschlag gemacht, gegenseitig auf weitere Optantenausweisungen zu verzichten. Da die Zahl der Optanten in beiden Ländern inzwischen ungefähr die gleiche geworden ist, wäre ein solcher Vergleich wohl leicht möglich gewesen. Der polnische Außenminister hat dem deutschen Gesandten zugesagt, daß er mit ihm über diesen Vorschlag sprechen werde. Der Minister ist aber inzwischen nach Paris und Genf abgereist, ohne die zugesagte Unterredung mit dem Gesandten zu führen und ohne den deutschen Vorschlag überhaupt beantwortet zu haben.

### Deutschösterreichs Anschluß.

#### Die österreichische Sozialdemokratie für den Anschluß.

Wien, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) Im Nationalrat fand am Mittwoch die erste Lesung des von der Regierung vorgelegten Staatsbauplanes statt. Dazu ergriff im Namen der sozialdemokratischen Fraktion Dr. Bauer das Wort und wies darauf hin, daß die ganze österreichische Öffentlichkeit sich darin einig ist, daß jetzt endlich mit der vom Völkerverbund ausgeübten Kontrolle über Österreich Schluß gemacht werden muß. Die Regierung, die am Mittwoch den Finanzminister als ihren Vertreter nach Genf entsandt hat, müsse dort diese Forderung energisch vortragen. Die Regierung habe dem Völkerverbund zu sagen: Wir haben keine Hoffnung, daß ihr uns aus unseren wirtschaftlichen Nöten befreien könnte, die uns die Friedensverträge beschert haben. Wir brauchen keinen Kommissar, keinen Berater, keinen Kontrolleur, wir brauchen nicht euer Wohlwollen, wir brauchen von euch nur eins: Gebt uns die Freiheit wieder, die man uns geraubt hat; gebt uns, wie es im Artikel 88 unseres Friedensvertrages vorgesehen ist, das Selbstbestimmungsrecht, damit wir uns selbst entscheiden können, ob wir dieses Leben der Not und Unfreiheit weiter führen oder unsere Zukunft innerhalb der großdeutschen Republik suchen wollen. Gebt uns die Freiheit und wir pfeifen euch auf alles andere! Dann kam Genosse Dr. Bauer darauf zu sprechen, daß bei der großen Anschließungsdebatte am Sonntag kein christlich-sozialer Redner aufgetreten ist. Er stellte aber fest, daß auch die Klasse der christlichsozialen Wähler ebenso begeistert ist für den Anschluß an Deutschland wie die Sozialdemokraten.

sich gegen die Aufhebung jenes Schandparagraphen auslehnen. Nur der Reichs soll in der Lage sein, seine Familie nach Ostbunken zu gefahren. So bestimmten die Kleiderregeln im Mittelalter, wer ein gesticktes Bams, einen gefalteten Rock oder einen Hut tragen durfte. So war jede scheinbar harmlose Verordnung Politik im äußersten Sinne des Wortes.

Die Verächter der Politik sind unlogisch. Sie schimpfen, wenn das Brot teurer wird und denken sich nichts bei der Erhöhung der Zölle. Sie schäubern bei dem Gedanken an Krieg und Hissen die Fahne der Gewalt und des Landbesitztums. Der Sozialismus hebt ihnen die Individualität auf, und sie haben kein Geld mehr, sich einen individuellen Anzug anfertigen zu lassen. Sie verachten die Masse und schwören auf den Massenunfuss ihres Totalanzeigers.

Plätze im Paradies zu verkaufen. Eine hebräische Zeitung, die in Jerusalem erscheint, der „Doar Hagom“, berichtet von einem ebenso schlaun wie gelungenen Geschäft, mit dem ein Muselman namens Abul Said sich ein tiefes Vermögen erworben hat. Er kam nämlich auf den Gedanken, seinen Glaubensgenossen Plätze im Paradies zu verkaufen, dessen Herrlichkeiten der Prophet ja so verführerisch geschildert hat. „Er erzählte“, so schreibt das Blatt, „daß der Prophet ihm im Traum erschienen sei und ihm gesagt habe, er möge sich nach der heiligen Stadt begeben, wo er in der Nähe seines Grabes den genauen Plan des Paradieses finden werde. Auf Grund dieses Planes könne er die Plätze an die Gläubigen verkaufen, die sich im Jenseits einen besonders günstigen Ort sichern wollten. Der Preis der Plätze hängt natürlich von ihrer Lage ab und es gibt solche in jeder Preislage. Zahlreich sind die Kunden von Abul Said, und er hat mit diesen himmlischen Terrains mehr Geld verdient als der größte der irdischen Grundstückspekulanten. Ein reicher Anhänger des Propheten kaufte ihm, als er sein letztes Stündlein herannahen fühlte, einen besonders schönen Platz für die Summe von 250 000 Dollar ab. Die Erben wollten sich diese Minderung der Hinterlassenschaft nicht gefallen lassen und verklagten den klugen Paradiesverkäufer vor den Gerichten, die ihn gefangen setzten. Die Verhandlung ergab, daß er denselben Platz mehrere Male verkauft. Mit den Gewinn aus dem Handel sollte er einen ganzen Häuserbezirk angekauft und sich einen prächtigen, reichdekorierten Harem zugelegt. Augenblicklich glaubte er mehr an das Paradies als an den Harem — auf dieser Erde. Aber es fand sich unter den Zeugen keiner, der ihn belasten hätte. Sie waren im Gegenteil sehr zufrieden, und eine Witwe erzählte unter Tränen, daß ihr ihr verstorbenen Mann im Traum erschienen sei und ihr erzählt habe, wie glücklich er über den Kauf sei. So mußte Abul Said unbestraft entlassen werden. Er legt seinen Handel in aller Ruhe fort, denn die Mohammedaner sind davon überzeugt, daß dieses Geschäft rechtmäßig und segensreich ist.“

Das Jeldse als Schulsprache. Durch eine neue Verordnung hat der zürich Unterrichtsminister die Kenntnis des Jeldse für alle Kinder im Freistaat vorgeschrieben. Von Oktober 1927 an müssen alle Kandidaten, die als Lehrer in englischsprachigen Distrikten angestellt werden wollen, die Befähigung zum Unterricht im Jeldse besitzen, solche für jeldsprechende Distrikte die Befähigung in beiden Sprachen.

## Gewerkschaftskongress.

Breslau, 3. September. (Eigener Drahtbericht.)

Der heutige Verhandlungstag des Gewerkschaftskongresses wurde damit eröffnet, daß der Vorsitzende die Vorschläge des Bundesauschusses für die am Freitag stattfindende Bundestagung bekanntgab. Der Bundesauschuss schlägt sämtliche Mitglieder des Bundesvorstandes zur Wiederwahl vor. Dann wurde die Diskussion über das Referat von Hermann Müller zur Frage der deutschen Sozialgesetzgebung fortgesetzt.

Ollersdorf-Berlin (Verkehrsbund) weist auf die Gedankengänge Einzheimers hin, der zunächst die Sozialgesetzgebung unter sozialistischen Gesichtspunkten zu betrachten lehrt. Wichtig sei vor allem eine Legalisierung des sozialen Rechtsgebietes, die eine neue Bereicherung des Klassenkampfes bedeuten könnte.

Nörpel empfiehlt die Entschleunigung des Bundesvorstandes, die den vorliegenden Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes als Verhandlungsgrundlage annehmen will und lehnt ein Unannehmbar gegenüber diesem Entwurf ab. Der größte Fortschritt darin sei die Sicherstellung der Rechtsvertretung der Arbeiterschaft durch die Gewerkschaften.

Frau Schreier-Berlin (Buchbinderverband) lenkt die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die Verschlechterung der Wächnerinnenfürsorge und bittet um die Annahme einer besonderen Entschleunigung für die Aufrechterhaltung des Wächnerinnenfürsorge.

Galm-Offenbach versucht, auch in der Frage der Sozialgesetzgebung wiederum Rußland als Vorbild hinzustellen, berichtet aber dabei reichlich ungenau über die Rechtsansprüche der russischen Arbeiterschaft.

Frau Ritsche-Reichenbach (Textilarbeiterverband) spricht ebenfalls für den weiteren Ausbau des Wächnerinnenfürsorge und besonders auch für die Befreiung der Arbeiterinnen von der Arbeit 4 Wochen vor der Entbindung unter Belohnung des Lohnes, wie sie bei einem großen Gräberberger Textilwerk durchgeführt sei.

Es folgen drei Berliner Vertreter des Metallarbeiterverbandes, die die einzelnen Anträge ihrer Verwaltungsstellen zur Sozialversicherung, zum Schutze der weiblichen Jugend und zur Ferienfrage begründen.

Kraus-Stuttgart (Metallarbeiterverband) erklärt, daß die anwesenden kommunistischen Delegierten trotz einiger Bedenken für die Entschleunigung des Bundesvorstandes zur Sozialgesetzgebung stimmen werden. Er richtet an den Kongress die Aufforderung, eine Delegation etwa aus Leipziger, Brahmann, Dikmann, Robert Schmidt und einem fünften Mitglied zu benennen, die in Begleitung selbstgewählter Dolmetscher

#### nach Rußland fahren

müsse, um sich dort mit eigenen Augen von den Leistungen der Sowjetregierung zu überzeugen.

Hermann Müller-Potsdam betont in seinem Schlusswort gegenüber dieser kommunistischen Einladung, daß es dem Deutschen Bergarbeiterverband, der sich zu einer Delegation nach Sowjetrußland entschlossen hätte, von der russischen Regierung verweigert worden sei, einen von ihm ausgewählten sachverständigen Dolmetscher mitzunehmen. Daher würde der Bergarbeiterverband wahrscheinlich von seinem Delegationsplan zurücktreten. Die deutschen Gewerkschafter wählten sich frei von blindem Haß gegen den russischen Staat und würden sich für jeden Versuch interessieren, etwas Neues im Sinne der Arbeiterbewegung aufzubauen. Von den Bolschewisten und ihren deutschen Anhängern könnte daher wohl auch eine vorurteilslosere Beurteilung der deutschen Gewerkschaften verlangt werden.

Die vom Bundesvorstand vorgelegte Entschleunigung zur Sozialgesetzgebung wird mit einigen Änderungen der Unterausschüsse angenommen. Wir veröffentlichen sie in der Morgenausgabe.

Wiedergenesung Dr. Davids. Genosse David konnte heute die Charité, wo er sich seit seinem Krankheitsanfall im Reichstag unter Behandlung von Geh. Rat Kraus und Prof. Jiron befand, als Wiedergenesener verlassen und nach Darmstadt zurückkehren.

Sozialdemokratischer Bürgermeister. In Seringswalde, Bezirk Leipzig, wurde Stadtrat Genosse Dr. P. P. Lelonek mit elf Stimmen zum Bürgermeister gewählt.

Cupen-Malmedy werden nächster Tage den meisten belgischen Gefangen unterstellt. Jedoch sollen die Einwohner auch weiterhin die Vorteile genießen, die sie bisher aus der deutschen Sozialversicherung gehabt haben.

Tierreichtum des Urwalds. Wieviel reicher die Natur des tropischen Urwalds belebt ist als unsere Gebiete, zeigen die interessanten Untersuchungen, die der amerikanische Naturforscher William Beebe in Britisch-Guayana angestellt hat. Er fand dort auf einem Raum von 400 Quadratmetern innerhalb einer Stunde 536 lebende Tiere, die 246 verschiedenen Arten oder Familien angehörten. Auf diesem kleinen Fleck sah er allein 73 verschiedene Arten von Säugtieren, während es in dem ganzen Staat New York, der 130 000 mal größer ist, nur 81 verschiedene Arten gibt. Er stellte auch fest, daß die Zahl der verschiedenen Vögel größer war als die auf dem britischen Inseln. Noch gewaltiger wird dieses Gemimmel von Lebewesen, wenn man sich nicht mit der einfachen Beobachtung begnügt, sondern etwas eingehender nachforscht. Beim Umgraben eines einzigen Quadratmeters von der Erde auf demselben Fleck konnte er gegen 1000 verschiedene Formen von Insekten zählen. Diese ungeheure Menge von Tieren, die vor den winzigen Insektenfressenden Fledermäusen bis zu den Hunderten von Pfund schweren Tapiren heraufreicht, ist das Ergebnis der ungestörten Entwicklung durch weite Strecken der Erdoberfläche und zugleich der üppigen Vegetation, die sich im Urwald entfaltet.

Elektrifizierung der österreichischen Bundesbahnen. Wie die Schweiz und Italien, besitzt auch Deutschösterreich keine Kohlenzüge und ist deshalb in der Kohlenversorgung vollständig vom Ausland abhängig. Dieser Zustand hat während der letzten Krisenjahre zu empfindlichen Störungen im Eisenbahnbetrieb und in der Industrie geführt. Deshalb beginnt Österreich seine „maße Kohle“, die Wasserkraft, stärker für industrielle und verkehrstechnische Zwecke im Umweg über die Erzeugung elektrischen Stromes dienstbar zu machen. Nachdem kürzlich die Wiener Stadtbahn elektrifiziert wurde, soll jetzt ein Teil der Bundesbahnen zum elektrischen Betrieb übergehen. In erster Linie kommen hierfür die Gebirgsbahnen in Frage. Das Finanzkomitee des Völkerverbundes hat diesem Projekt zugestimmt und den Völkerverbund um die Freigabe von 85 Millionen Goldkronen aus der Sanierungsanleihe für die Durchführung der Elektrifizierung gebeten.

Ein „Paukenklavier“ für Richard Strauß. Der berühmte Paukenspieler der Wiener Philharmoniker, Professor Scheller, arbeitet gegenwärtig an einem „Paukenklavier“ für Richard Strauß. Während die heutige Paukentheil nur drei, oberhöchstens vier Paukenstücke kennt, erhält das neue „Paukenklavier“ acht abgestimmte Pauken, die alle durch einen Spieler bedient werden sollen. Für das neue Instrument, das vor seiner Vollendung steht, wird Richard Strauß die ersten Noten schreiben.

Kunstschonit. Paul Cassirer wird in der kommenden Saison seine Kunstausstellungen wieder im größeren Umfange aufnehmen. Die Reihe der Ausstellungen beginnt Mitte September mit einer großen Schau französischer Impressionisten, die Hauptwerke dieser Meister aus demselben Bezirk zeigen wird. Es folgen: Oscar Rejlander als Landschaftsmaler, Gemalteschule Ernst Barlach, Pariser Arbeiten von Marc Chagall, Sonderausstellungen Rudolf Grönmann, Ernesto de Fiori, Kurt Schwitters.

Ein neuer Kaffee? Der Leiter der Staatlichen Restaurierungsstelle, Professor Grabar, entdeckte in Michail-Lagim im Ural ein Gemälde, das er als das Original von Kaffees Madonna del Popolo bezeichnet.

# Der Todessturz aus dem D-Jug.

Der Auffklärung nähergerückt.

Heute früh traf im Berliner Polizeipräsidium aus Holland die telegraphische Nachricht über das Ergebnis der Untersuchung der dortigen Kriminalpolizei ein. Kriminalkommissar Freitag von der holländischen Kriminalpolizei meldete, daß das Kindermädchen Marie Lampersbach ihre Stellung in Graveland ordnungsmäßig verlassen hat. Es ist nichts vorgefallen, das sie zu einer Flucht hätte veranlassen können. Bei der Abreise befand sie sich im Besitze von 70 Gulden und einem neuen großen Reiseflojer. Die gestrige, von anderer Seite erfolgte Meldung, daß die Lampersbach an Verfolgungswahnsinn gelitten habe, ist unzutreffend.

Nach dem Ergebnis der neuesten Ermittlungen scheint die Lampersbach das Opfer eines tragischen Mißverständnisses geworden zu sein. Wie die Zeugenaussagen ergaben, hatte sie sich von einer diaken Frau und einem Herrn mit schwarzem Schnurrbart bedroht gefühlt. Der Herr hatte leider den Zug bereits verlassen, als man nach ihm suchte. Die Holländerin wurde angehalten und nach einer eingehenden Vernehmung in derselben Nacht von der Kriminalpolizei in einem Hotel untergebracht, da sie angeblich in Berlin völlig fremd zu sein. Gestern — Mittwoch vormittag — wurden noch einmal Mitreisende vernommen, die bei ihrer Behauptung übten, daß die Holländerin, eine Frau Malka Leichtheil, sich durch ihr Betragen verdächtig gemacht habe. Gegen mittig des gestrigen Tages wurde Frau Leichtheil noch einmal eingehend vernommen. Da ihr keine Beschuldigung nachgewiesen werden konnte und sie immer noch behauptete, sich um das Mädchen nicht gekümmert zu haben, so mußte sie wieder entlassen werden. In den Nachmittagsstunden rief durch den Fernsprecher eine männliche Person bei der Nordkommission an und teilte mit, daß Frau Leichtheil auf dem Polizeipräsidium ein Beutelchen mit 34 Brillanten verloren habe. Da alles Nachsuchen nach diesem Beutelchen vergeblich war, schenkte man dieser Mitteilung zuerst keinen Glauben. Richtig meldete sich eine Heimmagelrau, die auf der Frauenloilette das vermißte Beutelchen gefunden hatte. Jetzt wurde Frau L. wieder aus dem Hotel geholt. Wie ihr Paß zeigte, hat sie oft Deutschland durchquert, um nach Polen zu kommen. Sie erkannte das Beutelchen als ihr Eigentum und gab an, daß sie es am Körper versteckt gehabt habe. Es liegt also der Verdacht nahe, daß man in ihr eine gewerbsmäßige Diamantenschmugglerin erwischt hat. Recht findet auch ihr Verhalten im D-Juge eine Erklärung. Nach Art der Schmuggler hat sie, wie der Sachausdruck heißt, „schicht“, d. h. eine Annäherung an eine unverdächtige Person gesucht, um in deren Schutz der Aufmerksamkeit der Beamten zu entgehen. Als Opfer wählte sie die Lampersbach. Diese Mißverständnisse der Annäherungsversuche der Frau und glaubte sich verfolgt. Ohne Zweifel gehört auch der Herr mit dem schwarzen Schnurrbart zu der Frau L., entweder ist er ihr Gatte oder ebenfalls ein Schmuggler. Die 34 klaren ungeschliffenen Diamanten wurden beschlagnahmt und der Zollbehörde übergeben. Frau Leichtheil wurde jetzt in Haft genommen. Da die Behauptung der Frau L., in Berlin keinen Bekannten zu haben, angezweifelt werden muß, so werden alle Personen, die zweideutige Mitteilungen machen können, gebeten, diese den Kommissaren Johannes Müller und Japfe im Polizeigebäude in der Magazinstraße, Zimmer 44, zuzuleiten.

## Zwei neue Dachstuhlbrände.

Wieder Brandstiftung?

Heute früh gegen 6 Uhr wurde die Feuerwehr der Remeler Wache nach dem Hause Güntherstraße 3 in Nichtenberg gerufen. Hier war ein Dachstuhlbrand ausgebrochen. Die Wehr, die im Erdhinter Alambereitschaft liegt, rückte mit großem Aufgebot an. Während man noch am Löschen war, sah man plötzlich aus dem Dachstuhl des Hauses Wagnerstraße 2 helle Flammen schlagen. Durch Zugang anderer Wachen wurde die Wehr noch verstärkt und auch die Bekämpfung dieses zweiten Brandes in Angriff genommen. Da nach Ansicht des Leiters der Remeler Wache Brandstiftung vorliegt, wurde die vom Polizeipräsidenten ernannte Brandkommission sofort alarmiert. Unter Leitung des Oberinspektors Klinghammer und des Kriminalkommissars Riese eilten die Beamten herbei und setzten sofort mit den Nachforschungen und Ermittlungen ein. Der Gebäudekomplex an der Ecke der Wagner- und Güntherstraße bildet ein Bier- und dreimal vier Häuser. Zwischen den beiden Brandstätten liegt ein Eckhaus, das vom Feuer verschont geblieben ist. Die beiden Dachstühle konnten nicht gerettet werden und sind vollkommen ausgebrannt. Ein Feuerwehrmann erlitt eine schwere Rauchvergiftung und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Sämtliche Hausbewohner wurden von den Kriminalbeamten eingehend befragt. Ein genaues Ergebnis der Nachforschungen ist zurzeit noch nicht bekannt.

## Energische Maßnahmen gegen die Brandstifter.

In der Pressestelle des Polizeipräsidiums fand heute unter Vorsitz des Vizepräsidenten Dr. Friedensburg eine Konferenz statt, in der eingehend die überhandnehmenden Brände in den letzten Tagen zur Sprache kamen. Dr. Friedensburg hat persönlich eine Anzahl Brandstätten besucht und wird an Hand der Untersuchungen und Erfahrungen einen großzügigen Überwachungsdienst organisieren. Außer der ständigen Kriminal-Brandkommission, die erheblich verstärkt wird, soll der ständige Straßüberwachungsdienst ebenfalls verstärkt werden. Ein weiterer Plan ist der ins Auge gefasste Flugüberwachungsdienst. Das Flugzeug, das bisher nur als Verkehrs- und Beförderungsmittel, allenfalls auch zur Bekämpfung von Fortschüttlungen herangezogen wurde, soll jetzt auch in den Polizeidienst gestellt werden und in geringer Höhe fliegend, die Berliner Häuserkomplexe von oben herab überwachen. Daneben werden hohe Belohnungen ausgesetzt, die demjenigen, der die Brandstifter überführt oder zu deren Ermittlung beiträgt, sofort ausbezahlt werden. Die Berliner Polizei wird also die schärfsten Maßnahmen zur Verhinderung der verbrecherischen, Leben und Gut der Mitmenschen gefährdenden Brandstiftungen ergreifen. Es ist zu hoffen, daß die Brände durch diese Maßnahmen gänzlich aufhören, zumindest aber auf ein Minimum zurückgehen.

## 14. Deutsche Gastwirtsmesse.

Die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich auch im Ausstellungsweien bemerkbar gemacht. Die letzten Veranstaltungen dieser Art waren durchweg schwächer besucht und beschränkt; einzelne mäßigen sogar wegen ungenügender Beteiligung ganz und gar abgelaufen. Gelegentlich der gestrigen Eröffnung der 14. Allgemeinen Deutschen Gastwirtsmesse im Landesausstellungsgelände am Lehrter Bahnhof wies der Leiter und Begründer dieser seit Frühjahr 1919 bestehenden Messe darauf hin, daß man dieser Veranstaltung eine neue Organisationsbasis gegeben habe. Im Hinblick darauf, daß die für Hotel-, Restaurations- und Küchenbedarf einschlägigen Industrie-, Handels- und Gewerbegruppen neben den Hotels und Gasthäusern auch noch andere Verbraucherkreise beliefern, ist die Gastwirtsmesse dahingehend ausgestaltet worden, daß auch diese Interesse am Besuch der Messe haben. Speziell der Küchenfachmann und die im Gewerbe mitbeteiligende Frau werden vieles finden. Gleich am Eingang ist z. B. der Sonderraum „Musterküche“, wo u. a. die „Städtischen Gaswerke“ musterhafte Anlagen im Betrieb praktisch vorführen. Ebenso reichhaltig ist die Gruppe Restaurationsinventar. Man findet da alles, was für Hotel-, Restaurations-, Saal- und Bühnenausstattungen notwendig ist. Auch die chemisch-technische Industrie ist reichlich vertreten mit Seife, Putzmitteln, Fußbodenöl, Saalwachs, Wollpulver und ähnlichen Erzeugnissen. Die Tabakbranche erwartet gute Abschlüsse in Zigarren, Zigaretten usw., weil die neuen Steuererlasse im Oktober wesentliche Preisserhöhungen bringen, namentlich für die Marken des Raffinements. Die Messe ist bis Freitag jeden Tag vormittags 10 bis abends 9 Uhr geöffnet.

# Die Beschlüsse von Marseille.

Die Sozialistische Internationale und der Bolschewismus.

Außer der in unserer heutigen Morgenausgabe veröffentlichten Resolution über die Friedensprobleme, die sich vornehmlich mit den westeuropäischen Fragen beschäftigt, hat der Marceller Kongreß einstimmig auch nachstehende Resolution über die Fragen des Nahen und des Fernen Ostens angenommen:

## Die Probleme des Ostens.

In dem Augenblick, in dem die internationale Lage in Westeuropa unter dem ständigen Druck der Arbeiterklasse friedlicher zu werden beginnt, erscheint die Lage in Osteuropa voll der schlimmsten Gefahren und beansprucht die ernsthafteste Aufmerksamkeit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Seit dem Sturz der britischen Regierung sind die Gegensätze zwischen den kapitalistisch-imperialistischen Mächten, insbesondere dem britischen Reich einerseits und der Union der Sowjetrepubliken andererseits in gefährlichem Maße verschärft worden. Innerhalb der kapitalistisch-imperialistischen Staaten erstarken die Kräfte, die durch die nationalistischen revolutionären Bewegungen in China, in Indien, in den mohammedanischen Ländern erschreckt, zu einer aggressiven Politik gegen die Union der Sowjetrepubliken drängen.

Die kommunistische Internationale nährt die Illusion, daß die Befreiung der Arbeiter ihnen auf den Epochen der Bonaparte siegreicher roter Armeen gebracht werden könne und daß es eines neuen Weltkrieges bedürfe, um die Weltrevolution herbeizuführen. Sie ermutigt die revolutionären Bewegungen in Asien und Afrika in der Hoffnung, auf sie gestützt, dem Kapitalismus durch den Krieg den Todesstoß zu verfehen.

Aus diesen gegensätzlichen Tendenzen geht die ernste Gefahr eines neuen Weltkrieges hervor.

Durch diese Gefahr werden an unmittelbaren die Nachbarstaaten Rußlands zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer und die Balkanstaaten bedroht. Die Begründung dieser neuen Staaten der aus dem Joch der Romanows, der Habsburger und Hohenzollern befreiten Völker stellt einen wesentlichen Sieg der Demokratie dar. Aber dieser Sieg ist dadurch eingeschränkt worden, daß die Grenzen dieser Staaten unter dem unmittelbaren Einfluß der imperialistischen Mächte nach deren Interessen gezogen worden sind, daß in vielen Fällen das Selbstbestimmungsrecht der Völker dabei verletzt wurde und daß die Rechte der nationalen Minderheiten mißachtet werden. Der Zustand ständiger Unruhe, der infolge dessen und infolge der politischen Reaktion in einer Reihe dieser neuen Staaten in diesem Teil Europas besteht, wird durch zwei Umstände verschärft. Einerseits sind diese Staaten Putzchen ausgelegt, die unter dem Einfluß der kommunistischen Internationale organisiert werden, um als Vorwand zu dienen, diesen Ländern das Schicksal Georgiens und Armeniens zu bereiten. Andererseits können die kapitalistisch-imperialistischen Mächte diese Staaten als ihren Stützpunkt gegen Sowjetrußland mißbrauchen. Diese Lage ist um so bedrohlicher, als jeder Konflikt im Osten den ganzen Erdteil in Brand zu stecken droht.

Angeichts dieser Gefahren erklärt der Kongreß:

1. Die Internationale tritt rückhaltlos für das Recht der neuentstandenen Staaten auf freie und unabhängige Existenz ein.

Die Internationale erklärt es neuerdings mit größtem Nachdruck als Pflicht aller sozialistischen Parteien, insbesondere aber der sozialistischen Parteien der großen Weltmächte und der Randstaaten, jede gegen die Sowjetunion gerichtete aggressive Politik zu bekämpfen und die Herstellung friedlicher politischer Beziehungen und normalen wirtschaftlichen Verkehrs mit der Sowjetunion zu fordern.

Der Kongreß begrüßt die Verbesserung der internationalen Lage der Sowjetunion, die seit dem letzten Kongreß in Hamburg vornehmlich dank der Aktion der Sozialistischen Arbeiter-Internationale eingetreten ist. Die rechtliche Anerkennung der Sowjetunion durch Deutschland, England, Italien, Dänemark, Frankreich, Japan und viele andere Staaten, hat den diplomatischen Bankrott durchbrochen, den die kapitalistischen Mächte ihr auferlegen wollten.

Diese Tatsache gibt der Internationale das Recht, das russische Volk aufzufordern, die Herstellung voller politischer und gewerkschaftlicher Freiheit in der Sowjetunion anzustreben und sich jeder aggressiven und annexionspolitischen Politik ihrer eigenen Regierung sowie jeder Propaganda zu widersetzen, die auf gemaltene Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder gerichtet ist.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale ist sich dessen bewußt, daß die Kriegsgefahr wesentlich verringert würde, wenn die Entscheidung über Krieg und Frieden in der Sowjetunion nicht in den Händen einer diktatorischen Gewalt, sondern in den Händen der Völker der Sowjetunion selbst läge. Die Internationale unterstützt daher mit größtem Nachdruck die Bestrebungen der sozialistischen Parteien der Sowjetunion nach der Demokratisierung des Regimes der Sowjetunion und der Herstellung der politischen Freiheit.

2. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale begrüßt das Erwachen der breiten arbeitenden Volksmassen der chinesischen, der indischen und der mohammedanischen Welt. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale ist sich bewußt, daß ein neuer Weltkrieg nur dann verhindert werden kann, wenn die europäisch-amerikanische Demokratie selbst das Selbstbestimmungsrecht aller Völker anerkennt und gegen den

europäisch-amerikanischen Imperialismus durchsetzt. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale verpflichtet daher alle sozialistischen Parteien, einen ständigen und energiegelassen Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der unterworfenen Völker Asiens und Afrikas zu führen.

Die Internationale verpflichtet die chinesischen Arbeiter der vollen Solidarität und fordert insbesondere für China die Aufhebung des fremden Drucks, die Aufhebung des Systems der Konzessionen und die sofortige Einführung moderner Arbeiterschutzgesetze zum Schutze der ausgebeuteten chinesischen Arbeiter.

3. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale fordert das Selbstbestimmungsrecht für die durch alle Friedensverträge seit 1918 sowie durch die Beschlüsse der Völkerkonferenzen einer Fremdherrschaft unterworfenen Völker, ebenso wie für die Völker der Sowjetunion, die ihre staatliche Selbständigkeit während der Revolution erlangt haben, wie Armenien, Georgien, die Ukraine und andere.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale erwartet von allen angeschlossenen Parteien, daß sie die Rechte der nationalen Minderheiten tatkräftig verteidigen, für die in geschlossenen Gebieten siedelnden Minderheiten Autonomie, für die zerstückelten Minderheiten Gleichberechtigung und Freiheit des Gebrauchs ihrer Sprache sowie die Entwicklung ihrer Schule und Kultur fordern. Die Internationale stellt fest, daß ein dauernder Friede nur dann gesichert werden kann, wenn die internationale Rechtsordnung im Sinne des Artikels 19 des Völkerbundespakts planmäßig in der Richtung weiterentwickelt wird, daß eine Revision der Staatenordnung und der Staatsgrenzen im Geiste des Selbstbestimmungsrechtes der Völker mit den friedlichen Mitteln des Schiedsgerichtes und des Plebiszits ermöglicht wird, damit die unterworfenen Völker ihre Befreiung nicht von neuen Kriegen erhoffen. Die Internationale konstatiert aber, daß die Anwendung dieses Grundsatzes auf den Osten Europas den Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund voraussetzt und notwendig macht.

4. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale verurteilt als das schärfste die in verschiedenen Ländern, insbesondere in Bulgarien, wütende Gewalt- und Terrorherrschaft und ruft alle Sozialisten auf, sich mit aller Kraft jeder Gewalttat zu widersetzen und die Beseitigung jedes Terrors zu fordern.

## Resolution über Marokko.

Der Kongreß erhebt leidenschaftlichen Protest gegen die kriegerischen Ereignisse, die sich gegenwärtig in Marokko abspielen und neues Blutvergießen verursachen. Er macht sich die Entschiedenheit zu eigen, die die der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossenen Parteien Englands, Spaniens und Frankreichs am 28. Juli 1925 gefaßt haben. Die Parteien der Internationale fordern von den beteiligten Regierungen eine sofortige und entscheidende Aktion zur Wiederherstellung des Friedens.

Sie fordern die Veröffentlichung der zwischen Spanien und Frankreich vereinbarten Friedensbedingungen. Sie fordern, daß diese Bedingungen sofort und direkt dem Führer der Rifkämpfer Abd el Krim mitgeteilt werden und verlangen von diesem eine klare Antwort über die Möglichkeit sofortiger Verhandlung und Verständigung. Sie sind überzeugt, daß der beste Weg zum Frieden zu gelangen, darin besteht, diese Verhandlungen rückhaltlos unter die Kontrolle der gesamten internationalen öffentlichen Meinung zu stellen.

Diese Verhandlungen müssen in erster Linie folgenden Gesichtspunkten Rechnung tragen:

1. Die Unabhängigkeit des Rif ist von Spanien anzuerkennen.

2. Spanien und Frankreich stimmen einer Verächtigung der Grenzen zu, um die sowohl für die Ernährung des Rif als für seine wirtschaftliche Organisation unentbehrlichen Vereinbarungen zu erleichtern.

Der Kongreß fordert ferner, daß die militärischen Operationen sofort eingestellt werden, sobald die Friedensverhandlungen begonnen haben. Er erklärt, daß, wenn man sich über wesentliche Punkte nicht einigen kann, Spanien, Frankreich und Abd el Krim den Streitfall dem Schiedspruch des Völkerbundes unterbreiten sollen. Ebenso wäre es angezeigt, daß der Friedensvertrag, sobald er unterzeichnet ist, beim Völkerbund registriert wird; der Riifstaat soll das Recht haben, in den Völkerbund einzutreten, wenn er es wünscht.

Die sozialistischen Vertreter erklären überdies, daß sie die marokkanische Frage als eine derjenigen ansehen, mit denen sich der Völkerbund pflichtgemäß befassen soll. Schon jetzt, bis zur Unterzeichnung des Friedens soll der Völkerbund die Einhaltung der internationalen Verträge überwachen, namentlich in bezug auf den freien Verkehr der Kommissionsmissionen im Kriegsgebiete, die Anwendung der Bestimmungen gegen den Waffenschmuggel und gegen gewisse Ausschreitungen des Krieges, wie die Verwendung von Giftgasen, ferner die humane Behandlung der Gefangenen und Verwundeten.

Für die Zukunft soll der Völkerbund ein den von ihm bereits eingeführten Mandaten entsprechendes Regime vorsehen. Mit den hier aufgeworfenen Problemen ist endlich auch die Internationalisierung der Meerengen verbunden, die allein die allgemeinen Interessen der Völker in Einklang bringen und sie von dem besonders gefährlichen Streit aus Gründen des Prestiges und der wirtschaftlichen Selbstsucht befreien kann. Die Weltgesamtwirtschaft erfordert sowohl im Hinblick auf eine organisierte Produktion als auf die Verteilung der Rohstoffe im Weltmaßstab, die die Begehrlichkeit der Kapitalisten eindämmen und ihre mörderischen Folgen beseitigen soll, daß der Völkerbund sich mit diesen wirtschaftlichen Problemen beschäftigt, ohne deren Lösung ein dauerhafter Friede unmöglich ist.

## Neue Zehn-Rentenmarkscheine.

Die Deutsche Rentenbank macht bekannt, daß von Anfang September d. J. ab neue Rentenbankscheine über 10 Rentenmark mit dem Ausstellungsdatum 3. Juli 1925 ausgegeben werden. Die neuen Scheine treten an die Stelle der bisher ausgegebenen Rentenbankscheine über 10 Rentenmark vom 1. November 1923; die noch umlaufenden Scheine der alten Art behalten aber bis auf weiteres ihre volle Gültigkeit.

## Der Chauffeurkrieg.

Seit der Fahrpreiserhöhung bei einem Teil der Großkraftdroschken sind der Polizei mannigfache Klagen darüber zugetragen worden, daß an den Autokablen die Chauffeure derjenigen Autokraftdroschken, die ihren Tarif nicht ermäßigt haben, mit allen möglichen Mitteln den billigeren Großkraftdroschken und auch den Kleinkraftdroschken das Halten zu verwehren suchen. Da das Polizeipräsidium nicht gewillt ist, seine im Interesse des Publikums liegende Verkehrspolitik sabotieren zu lassen, so wird es gegen derartige Verwehre rüchlos vorgehen. Demjenigen Droschkenführer, der sich in dem angegebenen Sinne schuldig macht, wird unmissverständlich die Erlaubnis und den betreffenden Chauffeuren der Fahrtafel entzogen werden.

Partkonzert in Schöneberg. Jungfrauen der Bestrebungen des Deutschen Einheitsbundes für Fahrtafel, veranstaltet der Männerchor „Friedenslied“, Mitglied des Deutschen Arbeiterlängerbundes, am Sonntag, den 6. September d. J., mittags 12-1/2 Uhr, im Stadtpark Berlin-Schöneberg, am neuen Rathaus ein Partkonzert, das mit einer vom Polizeipräsidenten Berlin genehmigten Sammlung verbunden ist.

## Aerzte gegen Rundfunk.

Der Berlin-Brandenburger Ärztekammer ist der Rundfunk ein Dorn im Geschäftsauge. Sie hat einstimmig einen Antrag angenommen, wonach sie es im Interesse der Volksgesundheit für höchst bedenklich hält, wenn durch Vermittlung der Funkstunde wissenschaftlich nicht begründete Anschauungen über Wesen und Behandlung von Krankheitszuständen verbreitet werden. Also auch hier möchte man ein ärztliches Monopol aufrichten und jede freiere Richtung ausschalten. Dann muß aber wieder einmal daran erinnert werden, daß die ärztliche Wissenschaft heute vieles reiflos anerkennt, was sie früher verbannte, weil es zuerst von Nicht-Ärzten in die Welt gesetzt wurde. Umgekehrt ist so manches, das wissenschaftlich begründet schien, später durch andere Forschungen, oft gerade mit Hilfe von sogenannten Laien, überholt worden. Ausgesprochene Kurpfuscher wird ja die Funkstunde wohl nicht zu Worte kommen lassen. Es kann aber nur nützen, wenn von intelligenten Köpfen gelegentlich gute Anregungen gegeben werden.

## Die Kirche und das arbeitende Volk.

Die zu obigem Thema von der Arbeitsgemeinschaft der freigeistlichen Verbände der deutschen Republik, Ortsgruppe Groß-Berlin, zu gestern abend einberufenen öffentlichen Volksversammlungen erfreuten sich eines starken Zuspruchs. Mehrere hundert bisher noch den verschiedensten Religionsgemeinschaften angehörenden Proletarier haben ihre Adressen zur Verfügung gestellt, um in den von der Arbeitsgemeinschaft freigeistlicher Verbände eingerichteten Kirchenaustrittsdienststunden, in den Geschäftsräumen des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung e. V., Friedensstraße 60 (hemels Dienstadt) und Freitags von 7-8 Uhr abends) den Kirchenaustritt notariell zu vollziehen.

### Generalversammlung der Konsumgenossenschaft.

In der gestrigen außerordentlichen Generalversammlung der Konsumgenossenschaft hielt Genosse Simon Kagenstein einen Vortrag über „Die soziale Bedeutung der Konsumgenossenschaften“. Er schilderte zunächst, wie aus kleinen Anfängen die starke Bewegung hervorging. Sie stehe im Dienste der tausenden Mitglieder und kämpfe daher für die Ausschaltung des Profits. Die Konsumgenossenschaft sei in ihrem ganzen Wesen antikapitalistisch. Sie sei ein Kampfmittel gegen Not und Ausbeutung. Ihre Aufgabe müsse sein, den gesamten Bedarf des werktätigen Volkes zu decken, um den Privathandel auszuschalten. Der kommunistische Antrag auf Zulassung einer Diskussion wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Den Bericht der Wahlprüfungskommission gab Genosse Wagner. Von den 13 eingelaufenen Protokollen seien 10 unwesentlicher Natur. Nur bei 3 Verkaufsstellen seien die Wahlen zu beanstanden gewesen. Die A.P.D. habe in zwei Fällen Spitzenkandidaten aufgestellt, die gar nicht Mitglieder der Genossenschaft sind. Die Vorschläge der Prüfungskommission wurden angenommen. — Den Bericht über den 61. Genossenschaftstag in Spremberg gab Genosse Parlow. Auch über den Steitiner Genossenschaftstag wurde eingehend berichtet. Ueber den Verlauf der Verbandstage sind unsere Leser bereits informiert worden. Bemerkenswert ist, daß die Konsumgenossenschaften in Deutschland gegenwärtig 3 1/2 Millionen Mitglieder haben. — Zum Schluß stimmte die Versammlung noch einigen Ausschlußanträgen zu. Wie noch erinnert, hatte im März d. J. die A.P.D. bei der Delegiertenwahl ein Flugblatt herausgegeben. Auf diesem wurde der Verwaltung vorzuerwähnt, sie habe die Mitglieder betrogen. Das kommunistische Ausschlußratsmitglied Hubrig hatte damals erklärt, daß er auch dem Ausschluß zustimme. Er hatte aber nicht einmal den Versuch gemacht, diese Behauptung zu beweisen. Die Versammlung stimmte auch diesem Ausschlußantrag zu.

20 Reichswehrkapellen feiern Sedan. Mit klappernden Fähnen und hochgeschlagenen Argen hörten gestern im Stadion die nicht sehr zahlreich erschienenen „Vaterlandspatrioten“ den Darbietungen der Musikkapellen zu. Einige Volksgenossen, die im guten Glauben, an einem musikalischen Unterhaltungsabend teilzunehmen, erschienen waren, verließen empört die nationalistische Kuppelhalle. Wenn man auch schon gewöhnt war, daß Reichswehrkapellen die Propaganda der Reaktionäre zur Untergrabung der Republik nach Kräften unterstützen, so dürfte diese Feier das Maß des bisher Gebotenen doch bei weitem übertroffen haben.

Ein neues Ufa-Theater. Berlin hat ein neues großes Kino mehr: Im großen Saal der ehemaligen Brauerei Königstadt hat die Ufa-Filmgesellschaft durchgreifende Umbauten vorgenommen und so ein Kinoschauspiel geschaffen, das sich ihren schon bestehenden würdig anreihet. Regierungsbaumeister Meyer hat einen dekorativ wirkenden Raum erstehen lassen, der trotz seiner Größe anheimelnd und gemütlich ist. Professor Sietes Ausmalung des Theaters und der Nebenräume ist im modernen Stil gehalten; sie belebt Flächen, Eden und Nischen. Die Illustration der Filme wird neben dem großen Orchester eine ganz neuartige Orchesterbesetzung versehen. Die Ufa-Filmgesellschaft hat sich für die Ausstattung des Theaters und der Nebenräume im modernen Stil gehalten; sie belebt Flächen, Eden und Nischen. Die Illustration der Filme wird neben dem großen Orchester eine ganz neuartige Orchesterbesetzung versehen. Die Ufa-Filmgesellschaft hat sich für die Ausstattung des Theaters und der Nebenräume im modernen Stil gehalten; sie belebt Flächen, Eden und Nischen. Die Illustration der Filme wird neben dem großen Orchester eine ganz neuartige Orchesterbesetzung versehen.

### Groß-Berliner Parteinaufrichten.

111. Wkt. Rehdorf, Freitag, den 4. September, abends 8 Uhr bei Heilmann, erweiterte Hochlandbesprechung.

## Wirtschaft

Zur Geschäftsaufsicht der Uga verbreitet D.T.B. folgende Meldung: Wie wir von maßgebender Stelle erfahren, haben am 2. September an neutraler Stelle seitens der mit der Durchführung der Geschäftsaufsicht der Uga, die zunächst nur für einen Monat verfügt ist, Verhandlungen mit den Banken über die Zurverfügungstellung der für die Weiterführung des Betriebes notwendigen Mittel begonnen. Es sind zwar sowohl für die laufende Woche die Löhne sichergestellt, und man rechnet ferner mit Sicherheit damit, auch für die kommende Woche die notwendigen Lohngehälter beschaffen zu können. Immerhin bleibt noch wie vor die finanzielle Sanierung das Hauptproblem. Von dem günstigen Fortschreiten der Verhandlungen wird es abhängen, ob man mit einer nur einmonatigen Geschäftsaufsicht auskommen können. Eine Schwierigkeit liegt insofern für die Verhandlungen vor, als die von den künftigen Geldgebern der Gesellschaft mit der Ueberprüfung des Statuts beauftragte Treuhändergesellschaft ihren Revisionsbericht noch nicht fertiggestellt haben kann. Von amerikanischen Kapitalisten scheint in der Tat wenig zu erwarten zu sein. Dies wird vor allem auch von den Teilen der Arbeiterschaft bedauert, deren Entlassung nicht vermieden werden kann, die aber mit der Auszahlung des Entlohnens aus dem bekannten Aktiengeld des Dr. Edmund Stinnes rechnen. Demgegenüber befindet sich der Betriebsrat in einer schwierigen Lage, als er damit rechnen muß, daß bei Uebernahme des Aktienpales durch die Arbeiterschaft das zuständige Finanzamt seine Forderungen in Bezug auf die Schenkungssteuer gegen die neuen Arbeiteraktionäre stellen wird. Man hat infolgedessen die Schenkung noch nicht angenommen, aber auch nicht abgelehnt. Denn man muß immer noch damit rechnen, daß nach einer Stabilisierung der Verhältnisse das Werk in der Tat gute Ertragsaussichten abwerfen wird. Dies hat umso mehr Wahrscheinlichkeit, als trotz der Vermutung, daß interessierte Geschäftsmacher am Werke sind, die Uga-Wagen noch immer gesucht werden.

Deutsche Industriewerke Aktiengesellschaft. Unter diesem Namen ist nunmehr das aus dem Verbands der Deutschen Werke Aktiengesellschaft ausgeschiedene Werk Spandau gegründet worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Weiterführung der von der Deutschen Werke Aktiengesellschaft, Werke Spandau und Wolfgang b. Hanau, aufgestellten Fabrikationsprogramme, die die Herstellung und den Vertrieb von Industriemaschinen, insbesondere von Sägen, und Gießereimaschinen, Maschinen und Metallwaren umfassen. Als Vorstand des neuen Unternehmens sind die bisherigen Direktoren des Werkes Spandau, die Herren Dr. Siffert und Kaufmann Henry Saimo, bestellt worden.

## Gewerkschaftsbewegung

### Wünsche der Mühlenbesitzer.

#### Zwölfstundentag und niedrige Löhne.

Eine Funktionärerversammlung der Mühlenarbeiter nahm am Dienstagabend im Verbandsbureau Stellung zu dem Lohn- und Manteltarifvertrag. Schmitz vom Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter teilte mit, daß die Ortsverwaltung das Lohnabkommen am 27. August zum 23. September gekündigt hat. Die Versammlung beauftragte die Organisation vom Arbeitgeberverband eine Erhöhung des Wochenlohnes zu fordern, so daß bei 48stündiger Arbeitszeit der Stundenlohn 1,20 M. beträgt. Des Weiteren teilten die Organisationsvertreter Hodapp und Schmitz mit, daß am 27. August mit den Arbeitgebern Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Manteltarifvertrages stattgefunden haben. Die Verhandlungen sind aber gescheitert, da die Unternehmer in dem neuen Vertrag wesentliche Verschlechterungen der Arbeitszeitregelung, des Urlaubs u. dgl. aufnehmen wollten. Die Unternehmer haben dann der Organisation neue Vorschläge unterbreitet, über die in den nächsten Tagen verhandelt werden wird. Ob in den Manteltarifverhandlungen eine Einigung erzielt werden wird, ist nicht anzunehmen, da die Unternehmer den Zwölfstundentag im Vertrag festgelegt

## Polizeibeamte!

Donnerstag, den 3. September, abends 7 1/2 Uhr, in der Bodbrauerei, Fidinstraße:

### Gr. öffentl. Polizeibeamten-Versammlung

#### Tagesordnung:

„Die Behandlung der Polizeifragen im Preussischen Landtag.“

Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Marwald-Frankfurt a. M.

Zußerdem werden sprechen: Die Genossen Stellung, Schroder, Sieting, Winkler, Jens, Albinus und andere. — Alle Polizei-beamten, auch die nicht zur Sozialdemokratischen Partei gehörigen, werden hierzu eingeladen.

Die Deamenzentrale der SPD. J. A.: Hermann Wäger.

haben wollen! (Warum nicht gleich den Vierundzwanzigstundentag?) Zu dem Ergebnis der Verhandlungen wird sofort eine Funktionärerkonferenz Stellung nehmen.

Diese kleine Gruppe von Großverdienern leistet sich an Unverschämtheit schon immer Erstaunliches. Ihre gegenwärtigen Wünsche — ganz abgesehen davon, daß sie ganz geschwätzig sind — übersteigen das Maß dessen, was selbst die verhasstensten Scharfmacher der Schwerindustrie sich erlauben.

### Protestversammlung der Bankbeamten.

Die überaus ungünstige Lage der Bankbeamten hatte den Allgemeinen Bankbeamten-Verband und den Deutschen Bankbeamtenverein veranlaßt, ihre Angelegenheiten zu einer öffentlichen Protestversammlung nach den Germania-Festtagen zusammenzurufen. Der Saal war fast überfüllt.

Es referierte zuerst E. Emonts, der ausführte, daß im August 1923 noch ungefähr 300.000 Angestellte in den Bankbetrieben beschäftigt waren, während durch den Abbau die Zahl auf 100.000 gesunken sei. Das Realeinkommen sei seit der Stabilisierung un- verändert geblieben; dadurch habe sich das Realeinkommen um 25 Proz. verschlechtert. Auf der einen Seite Abbau der Angestellten, auf der anderen Seite sei die Arbeitszeit dieselbe wie in der Inflationszeit 54 Stunden in der Woche, in der Provinz werden sogar noch erheblich länger gearbeitet. Für den Preisabbau hat die Regierung nichts weiter getan als 10 Proz. Steuer geschwächtigt von den Abgebauten, die Abteiler empfangen, einzufordern. In Bezug auf die Schiedsprüche sei zu erklären, daß es überhaupt keine unabhängigen Schlichter mehr gebe, und daß die Schlichter in ihren Schiedsprüchen vollkommen den Willkuren folgen, die sie von der Regierung erhalten hätten. Einziges Mittel, um die für die Angestellten unerträglichen Zustände im Bankgewerbe zu bessern, sei ein kräftiger Zusammenschluß der Bankangestellten in den Organisationen.

Der zweite Referent des Abends, Perret, führte aus, daß die Hauptschuld an dem Abbau der Schiedsprüche im Dezember 1923 trage, der eine Arbeitszeit, die um 20 Proz. höher als die bisherige war, vorschlag und gleichzeitig die Gehälter in dem Realwert um 33 1/2 Proz. herabsetzte. Willst du der Bankbeamten wäre es gewesen, geschlossen gegen einen derartigen Schiedspruch zu protestieren. Aber die Bankangestelltenchaft versagte. Wenn die Bankleiter in ihrer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium darauf hingewiesen haben, daß sie beim Abbau mit größtmöglicher Schonung und unter Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse jedes einzelnen vorgehen, wenn sie ferner darauf hinweisen, daß die Tarifpolitik der Angestelltenorganisation an dem Abbau schuld sei, so sei darauf hinzuweisen, daß der Abbau sich planmäßig vollzogen habe, unabhängig von den Gehaltsforderungen, und daß diese Argumente nur vorgebracht werden, um den Angestellten die Gewerkschaften zu vereiteln.

Nach einer lebhaften Diskussion, in der der Vertreter des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes durch Abstimmung der Versammlung gezwungen wurde, seine vollkommen überflüssige Rede vorzeitig zu beenden und nach einem Schlußwort von Emonts gelangte eine Resolution zur Annahme, in der gegen die Schutzpolitik der Regierung der schärfste Protest erhoben wird, in der gegen die Schiedsprüche die schärfste Stellung genommen wird und in der die Angestelltenchaft aufgefordert wird, durch eine straffe Organisation aus ihrer Passivität und lethargie herauszutreten.

### Lohnbewegung in der Musikinstrumentenindustrie.

Eine gut besuchte Funktionärerkonferenz der Musikinstrumentenmacher nahm am Mittwochabend im Reichenberger Hof wieder Stellung zu dem am 25. August gefällten Schiedspruch. Die Funktionäre hatten in der vorigen Konferenz beschlossen, erst mit

den Besagten Rücksprache zu nehmen und danach endgültig über den Schiedspruch zu entscheiden.

Nachdem Brandenleier Dorn den Schiedspruch im Zusammenhang mit dem am 30. September ablaufenden Manteltarifvertrag eingehend beleuchtet hatte, lehnte die Versammlung den Schiedspruch nach kurzer Diskussion einstimmig ab. Die Versammlung nahm ebenso einstimmig folgende von der Branchenleitung vorgelegte Entschlüsse an:

Die Funktionäre der Musikinstrumentenindustrie lehnen den am 25. August unter Vorbehalt des Gewerbetarifs Körner vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedspruch als in jeder Richtung hin unbefriedigend ab. Der im Schiedspruch festgesetzte Lohn ist zu niedrig und die Geltungsdauer bis zum 31. Oktober zu lang. Die Branchenkommission wird beauftragt, die Verhandlungen über den Manteltarifvertrag ungesäumt zu beginnen und so zu fördern, daß der neue Manteltarif mit Ablauf des bisherigen entschieden ist. Die Forderung einer 20prozentigen Lohnerhöhung ist den Unternehmern gegenüber aufrechtzuerhalten und in freier Vereinbarung unter Ausschluß der Schlichtungsinstanzen rückwirkend durchzuführen.

### Lohnvereinbarung in der Damenhutbranche.

Die Zahlstelle Berlin des Hutarbeiterverbandes hielt am Dienstag in den Residenzfesthallen eine Generalversammlung ab. Zur Beitragsfrage führte Vetter aus, daß der Verbandstag beschlossen hat, ab 1. Oktober die Beitragsätze zu erhöhen. Der Beitrag wurde auf 1 M. für die erste und 85 Pf. für die zweite Klasse festgesetzt. Bisher wurden für diese beiden Klassen 10 Pf. Lokalzuschlag erhoben. Nach dem Vorschlag der Zahlstellenleitung soll künftig in den beiden höchsten Stufen ein Lokalzuschlag von 15 Pf. gezahlt werden. Die mehr erhobenen 5 Pf. sollen den Arbeitslosen, Kranken und Invaliden zugute kommen. Nach längerer Debatte stimmte die Versammlung dieser Regelung zu, so daß die Beiträge ab 1. Oktober insgesamt in der 1. Klasse 1,15 M. und in der 2. Klasse 1 M. betragen.

Dann berichtete Vetter über die mit den Unternehmern in Schonau geführten Lohnverhandlungen. Der Reichslohntarif für die Damenhutbranche konnte erst nach längeren Verhandlungen zum Abschluß gebracht werden. Nach der neuen Vereinbarung sind die Löhne wie folgt festgelegt:

Der Grundlohn für männliche Arbeiter beträgt 81 Pf. pro Stunde; für Lohnarbeiter ist bei Akkordarbeit ein Zuschlag von 15 Proz., also ein Stundenlohn von 93 Pf. zu zahlen; Muster- und Spezialarbeiter erhalten 30 Proz. Zuschlag, mithin einen Stundenlohn von 1,05 M. Für weibliche Arbeiter werden 75 Proz. des Männergrundlohns gezahlt. Sonntags- und Nacharbeit ist nicht gestattet. Die vierzehntägige Kündigung bleibt bestehen. Diese Tarifvereinbarungen wurden von der Versammlung nach einer Diskussion, in der das unzulängliche Angebot der Unternehmer kritisiert wurde, mit großer Mehrheit angenommen.

Dem Ersuchen der Kölner Kollegen um Unterstützung wurde stattgegeben. Es wurden 300 M. für diesen Zweck bewilligt. Ferner wird den Arbeitslosen in Zukunft beim Besuch der Versammlungen 1 M. Entschädigung gezahlt.

### Eine infame Dummheit.

Mag die Kombinationssucht des bürgerlichen Reporters noch so absurde Wege wandeln, auf das, was ein ständiger Sensationssnabe in der Charlottenburger „Neuen Zeit“ mit wichtigem Augenblick verkündet, hat selbst die Schmocks der reaktionärsten, bewußt antiproletarischen Presse nicht gekommen. Die Brandstiftungen in Reutlingen sind nach diesem Blatt von Bauarbeitern aus irgendwelchen Gründen entfacht worden. Infamer ist wohl selten gelogen worden. Die „Neue Zeit“ schreibt:

Als Ursache wird böswillige Brandstiftung angenommen, aber keineswegs von Bodenbüben zur Verdeckung von Diebstählen, sondern von ausländigen Bauarbeitern. Auffallend und sehr bemerkenswert ist es jedenfalls, daß diese neue Brandstiftungstheorie genau wie alle übrigen in den letzten dreißig Jahren in Berlin sich auf Dachstühle in bestimmten Gegenden beschränkt und mit Ausfällen von Bauarbeitern zusammenfällt. Sie beginnt mit dem Zustand der Zimmerleute und wird, wie alle früheren — wir erinnern nur an die „Roarbeiter“ — nach Ansicht vieler mit der Beendigung des Ausstandes aufhören.

Nun müßte die sich „demokratisch“ gebende „Neue Zeit“ wissen, daß der Bauarbeiterstreik durch die Vereinbarung vom 29. August beendet, die Arbeit seit Montag wieder aufgenommen ist. Aber auch die einfachste Logik müßte zu dem Schluß führen, daß Arbeiter, die nicht wegen Arbeitsmangel, sondern wegen eines Lohnkonflikts feiern, gar keine Ursache haben, irgend für den Konflikt gleichgültige Zerstörungen in Privathäusern vorzunehmen. Gerade diese offensichtliche Sinnlosigkeit der nach jeder Richtung hallosten Verdächtigung stempelt sie zu einer Infamie, die bezeichnend für ein Blatt ist, das auf Lese aus der Arbeiterschaft spekuliert.

### Die Eisenbahner fordern allgemeine Lohnerhöhung.

Hamburg, 3. September. (Ill.) Wie das „Hamburger Fremdenblatt“ berichtet, wurde in einer Versammlung der organisierten Eisenbahner von Groß-Hamburg eine Entschlüsse angenommen, in der es heißt: Die Lohnempfänger des Einheitsverbandes Ortsgruppe Groß-Hamburg erklären ihre volle Uebereinstimmung mit dem Vorgehen und der Haltung des Vorstandes und der Arbeiterbeiräte der Schlichtungskammer. Sie beglückwünschen es, daß der Vorstand unbedingt auf einer allgemeinen Lohnerhöhung besteht. Auch die von der Verwaltung jetzt unter dem Druck der Bewegung festgesetzte Erhöhung der Ditzulage für Groß-Hamburg, die außerdem in den unteren Lohngruppen völlig unzureichend ist, wird die Mitglieder des Einheitsverbandes nicht abhalten, ihre Pflicht gegenüber der gesamten Kollegschaft zu tun. Die Versammlung erklärt ausdrücklich, alle Maßnahmen des Vorstandes zur Durchsetzung der allgemeinen Lohnerhöhung und der übrigen Forderungen zu unterstützen. — Technische Meldungen liegen aus Eisenfeld und Frankfurt a. M. vor.

Wahl-Angestellte und Betriebsratsmitglieder! Versammlung am Freitag, den 4. September, abends 7 Uhr, im Kulturpalast der Germania-Halle, Chausseestraße 110. Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Wirtschaftslage (Dr. Hermann). 2. Wahl von Vertretern zur Betriebsratkonferenz. Die außerordentliche Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert es, daß alle Kollegen anwesend sind.

Wahlung, Chausseestraße, Rungo- und Spandauer Straße! Freitag, 10 Uhr, Versammlung der Eisenbahner in Hamburg, um 11 Uhr Versammlung der Ausgewählten im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Kurt Catermann; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Choren; Freiwirtschaft: Dr. John Schifano; Lokales und Sonstiges: Fritz Kersch; Angelegenheiten: E. Glöck; Kunst: E. Glöck; Berlin: Vorstand: Berlin O. M. D. S. Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 61, Wilmstraße 1.

Damentaschen-Fabrik Party-Cases, die große Mode von 3.25 an! — Auch Einzelverkauf! Lederwarenfabrik Metzler Prinzstr. 87, zw. Kertipl. und Ritterstr.

Fahrräder Teilzahlung Leichtmaschinen 101 ZETTHA G. A. nienburger Str. 65, 14äder werden bei Anzahlung mitgegeben.

Bauschule Glauchau i. Sa. Hochbau, Tiefbau, Eisenbetonbau. Deutsche Dachdeckerschule Glauchau i. Sa. Bestellungen für den Winterunterricht kostenlos durch die Direktion.

Läuse Wenzel Schwanen Wägen besichtigt nur sofort unter Garantie. G. A. lda, „A“, „B“, „C“, „D“, „E“. In haben in Apotheken und Drogerien Generalvertreter Paul Bremer, Berlin NO 52, Christophstr. 2. Tel. Humboldt 1564

Und geht einmal das Geld zur Neige kauf auf Kredit bei Arthur Scheige Garderobe für Damen und Herren Gardinen • Wäsche • Teppiche • fertige Betten Pelzwaren schon eingetroffen. Oberschöneweide, Siemensstraße 14 Zweiggeschäft: Moabit, Erasmusstraße 1 Möbelabteilung im Hauptgeschäft.

Hatvanol-Zahnpulver speziell für natürliche sowie künstliche Zähne, Gold- und Ersatzbrücken, Kronen. Preis 0,15, 0,30, 0,75 M. in Apotheken und Drogerien zu verlangen. Kopp & Joseph's Kräuterfranzbranntwein Überall erhältlich Fabrik Berlin W.